

Ökologische Linke

Für einen heißen Herbst gegen das Elend, das aus Deutschland kommt

Immer mehr Menschen müssen auf der Straße leben, vor allem in Griechenland und Irland. Arbeitslosigkeit und Armut nehmen auch in Portugal, Spanien und Italien zu. Viele Eltern wissen nicht mehr, wie sie ihre Kinder ernähren sollen. Das Spardiktat führt zu mehr Toten in den Krankenhäusern. Deutsche Politik zerstört systematisch alles, was sich Menschen in ihrem Leben aufgebaut haben.

Die deutsche Regierung will die Weltwirtschaftskrise im Interesse des deutschen Kapitals und nicht in dem der Menschen in den Griff bekommen. Deshalb führt sie einen rücksichtslosen Angriff auf die Staaten an der Peripherie des kapitalistischen Zentrums EU-Europa. Nur so konnte sich die deutsche Wirtschaft wieder erholen. Der bürgerliche Staat bleibt der »ideelle Gesamtkapitalist« (Engels), dessen Aufgabe es ist, die vorherrschenden Interessen des Kapitals durchzusetzen. Die hohen Profite des deutschen Kapitals gehen vor allem zu Lasten der hoch verschuldeten Staaten Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und Irland. Den dortigen Regierungen fehlen die finanziellen Möglichkeiten, der Krise entgegenzuwirken. Ihre Schuldenlast ermöglichte es jedoch der deutschen Regierung, die Ökonomien dieser Staaten mittels eines ruinösen Spardiktats immer weiter in den Abgrund zu treiben, wobei Deutschland von der französischen Regierung, der EU-Kommission, der EZB und dem IWF unterstützt wird.

Immer mehr Menschen in Europa begreifen die Rolle Deutschlands und wehren sich gegen das Elend, das aus der Mitte des kapitalistischen Zentrums kommt, in dem wir leben. Besonders stark ist dieser Widerstand in den südeuropäischen Staaten. Mit Generalstreiks und Massenprotesten, die in Griechenland auch militante Formen annehmen, wehren sich Menschen dagegen, dass ihre Länder dem Diktat Deutschlands ausgeliefert werden. Revolten in Nordafrika und in Südeuropa, Aufruhr weltweit bestärkt sich gegenseitig.

Die Stärke des deutschen Kapitals beruht auf der vertieften sozialen Spaltung in Deutschland seitdem die SPD-Grüne Bundesregierung (1998–2005) in einem bis dahin nicht bekann-



ten Ausmaß die sozialen Sicherungssysteme zerschlagen und den Arbeitsmarkt auf die Bedürfnisse des Kapitals zugeschnitten hat. Die Folgen sind ein wachsender Niedriglohnsektor und immer mehr SklavInnenarbeit (Leiharbeit). Darüber hinaus hat die SPD/Grüne-Bundesregierung die steuerliche Belastung von Reichen und Kapitaleignern extrem gesenkt. Die nachfolgenden Regierungen aus CDU/SPD und CDU/FDP brauchten an allem nur anzuknüpfen.

Hohe Produktivität könnte die Arbeitszeit verkürzen und die Löhne erhöhen. Stattdessen wird sie – zusammen mit einer Politik wachsender sozialer Verelendung und Rechtlosigkeit – benutzt, um die Lohnstückkosten tief nach unten zu drücken. Deutschland ist das einzige Land in EU-Europa, in dem die Löhne schon vor der Weltwirtschaftskrise gesunken waren. Vor allem das hat die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt gestärkt. So wurde es – in EU-Europa wie auch in der Welt – einer der Gewinner der Weltwirtschaftskrise.

Das der griechischen Regierung aufgezwungene Spardiktat dient angeblich dazu, die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen. Tatsächlich soll diese Standortpolitik dem deutschen Kapital möglichst viele Konkurrenten aus dem Weg räumen. Was auf dem deutschen Inlandsmarkt – aufgrund der sinkenden Löhne – nicht abgesetzt werden kann, wird erfolgreich ins niederkonkurrierte Ausland exportiert. Die durch die Verelendung der Menschen gesunkene Binnennachfrage hatte z.B. die griechische Wirtschaft ohnehin geschwächt. Jetzt wird sie vollends zerstört.

Auch die als großzügige Geste verkaufte Streichung einiger Schulden Griechenlands geht letztlich zu Lasten der Lohnabhängigen in ganz Europa. Banken, Versicherungen und



empfohlene Termine

1. Mai 2012, Berlin
Revolutionäre 1. Mai-Demonstration

»Der Druck steigt – für die soziale Revolution«
18:00 Uhr, Lausitzer Platz

Mehr Informationen: www.erstermai.nostate.net

**Öffentliches Gespräch
der Ökologischen Linken in Berlin**

»Für einen heißen Herbst gegen das Elend, das aus Deutschland kommt«

mit Dorothea Becker (Dresden)
Jutta Ditfurth (Frankfurt/M.)
Micky Haque (Berlin)
Sascha Jensen (Berlin)
Christoph Preuschhoff (Stuttgart)
Manfred Zieran (Frankfurt/M.)

Sa. 5. Mai 2012

16–20 Uhr
L.U.X, Schlesische Straße 41,
Berlin-Kreuzberg (U1 Schlesisches Tor)

Wir weisen außerdem hin auf:

BLOCKUPY FRANKFURT

16.–19. Mai 2012
europaweite Aktionstage

Mehr Informationen: www.european-resistance.org

Hedgefonds können ihre Verluste abschreiben, sie zahlen weniger Steuern. Auch deshalb zieht die deutsche Regierung im eigenen Land die Sparschraube immer weiter an. Das deutsche Kapital ist so stark, dass die deutsche Regierung Spardiktate für EU-Europa durchsetzen kann. Mit dem Sparzwang und der sogenannten Schuldenbremse exportiert sie die Steigerung des sozialen Elends und die Vernichtung von Natur. Chauvinistische und faschistische Kräfte werden nicht nur in Ungarn gestärkt. Die Weltwirtschaftskrise wird durch die Spardiktate jedoch verlängert und kann mittel- bis langfristig auch den Erfolg des deutschen

Kapitals untergraben. Die Regierungen der USA und von China kritisieren die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise durch die deutsche Regierung.

Die Milderung der menschen- und naturfeindlichen Auswirkungen in den kapitalistischen Zentren, die Befriedung großer Teile der Lohnabhängigen hier, wurde um den Preis von mehr Zerstörung und fast grenzenloser Ausbeutung vor allem in der Peripherie des weltweiten Kapitalismus erreicht. Der strukturelle Zwang zur Überproduktion im Kapitalismus führt zur Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten außerhalb der Produktion. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln ist eine davon. Sie lässt die Nahrungsmittelpreise explodieren und steigert das Elend.

Gut ausgebildete **Jugendliche in Nordafrika** landen häufig im Nichts. Ihre Hoffnung aufgrund ihrer Ausbildung einen guten Job zu finden, erfüllt sich nicht. Sie leiden unter Arbeitslosigkeit und Hunger. Gibt es dann ein besonderes Ereignis und kann dieses nun mittels neuer Technik schneller verbreitet werden als zuvor, ermöglicht das eine breite Mobilisierung, die zum Widerstand führen kann. Die Kämpfe der Jugendlichen gegen eine fehlende Perspektive verbinden sich mit alten Kämpfen der ArbeiterInnenbewegung zum Beispiel in der ägyptischen Textilindustrie oder im tunesischen Bergbau. Aus dieser explosiven Gemengelage heraus kam es zu Aufständen, wie wir sie im Jahr 2011 in Nordafrika und anderen arabischen Ländern erlebt haben. Herausgekommen sind dabei aber keine Revolutionen; die Aufstände – unabhängig von ihrer jeweiligen konkreten Form – sind stecken geblieben. Die Menschen wollten oder konnten die herrschenden oder gar die ökonomischen Strukturen nicht beseitigen. »Nur« die Köpfe des Systems wurden abgeschlagen. Was bleibt ist die Erfahrung aus den Kämpfen und dass widerständige Minderheiten weiter gegen die diktatorischen Systeme revoltieren.



Andere Menschen hingegen stürzen sich in autoritäre, reaktionäre Politik. Der Islam taucht als politisch-religiöse Bewegung gestärkt aus den Aufständen auf, denn die Ausbeutung gegen die die Menschen aufbegehren ist nicht neu. Sie hat eine jahrhundertlange europäische imperialistische Tradition. Auf der einen Seite fordern die Aufständischen demo-

kratische Menschenrechte. Auf der anderen Seite sehen die Menschen in den von den früheren europäischen Kolonialmächten und den USA unterdrückten Ländern diese Menschenrechte aber als Teil der Kultur ihrer Unterdrücker. Sie haben unzählige Male die Erfahrung gemacht, dass die kapitalistischen Zentren die *demokratischen* Menschenrechte dazu missbrauchen, die weltweiten Ausbeutungsverhältnisse schön zu reden und den Kampf für die *sozialen* Menschenrechte ins Unrecht zu setzen.

Der **Kommunismus** war weltweit – jenseits und gegen alle Religionen – die konkrete Utopie der durch soziale Gleichheit tatsächlich verwirklichtbaren Freiheit der Menschen. Mit den Fehlern und dem Scheitern der Sowjetunion hat dieses Konzept vorerst an Überzeugungskraft verloren, obwohl sie tatsächlich zwar kein kapitalistischer aber eben auch kein kommunistischer oder sozialistischer Staat war, sondern eine bürokratische Kommandowirtschaft. Viele Menschen in Nordafrika hoffen nun, dass ein islamischer Staat ihre Interessen vertritt und dass er sie vor den Folgen kapitalistischer Zerstörung schützt. Sie bedenken nicht, dass die Hinwendung zu einem reaktionär interpretierten Islam sozialer Gleichheit und der ersehnten Freiheit vollkommen entgegensteht.

In den kapitalistischen Zentren wie EU-Europa und den USA ist der Widerstand noch schwach entwickelt und er unterscheidet sich in den Ländern deutlich. In Deutschland wollen die meisten Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, ihn um jeden Preis, auch um den ihrer Gesundheit, behalten. So sind sie immer wieder zum partiellen Lohnverzicht bereit und stärken dem nationalen Kapital den Rücken. Die staatstragende Mehrheit der GewerkschaftsfunktionärInnen vollstreckt diesen Willen gern und stärkt die Demuthaltung vieler Deutscher. Entsolidarisierung ist das Ergebnis dieses Prozesses.

Und bei Occupy-Deutschland versammelt sich eine reaktionäre Mischung aus EsoterikerInnen, GesellianerInnen und RechtspopulistInnen. Das wurde möglich, weil Occupy auch mit der Losung »Wir sind die 99%« die Wirklichkeit einer Klassengesellschaft samt Ausbeutung aller Lohnabhängigen leugnet. Viele deutsche Occupy-AnhängerInnen sehen das Übel nicht im Kapitalismus, sondern nur in den Banken. Sie sehen das Problem im Zins und nicht in Ausbeutung und Profit.

Viele **SpanierInnen** wählten aus lauter Verzweiflung über die völlig heruntergekommene Sozialdemokratie eine konservative Regierung. Auch die Platzbesetzungen und die Märsche der »Empörten« hielten sie davon nicht ab. Selbst in **Portugal**, das nach Griechenland am massivsten bedroht ist, kam es bisher zwar zu einem Generalstreik und zu Massenprotesten

Ökologische Linke Kontakt & Information:

Bundeskontaktadresse:

Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/59 92 70

www.oekologische-linke.de

E-Mail: info@oekolinx-arl.de

Spenden bitte an:

Ökologische Linke
Postbank Frankfurt/Main
Konto: 194 44-601
BLZ: 500 100 60

mit Hunderttausenden, aber von der Qualität eines Aufstands ist der Widerstand weit entfernt. In **Großbritannien** gab es Riots in Städten, in denen viele besonders sozial benachteiligte und rassistisch stigmatisierte Menschen leben. Der Hass und die Wut entlud sich spontan und er besaß keine politische Perspektive. Staatliche Repression erstickte ihn schnell.

Verschiedene Kämpfe müssen zusammengeführt, die Solidarität betroffener und nicht direkt betroffener Lohnabhängiger selbstverständlich werden, um die Qualität unseres Widerstandes zu erhöhen, damit wir Erfolg haben. »M31«, der *Europaweite Aktionstag gegen den Kapitalismus* am 31. März 2012, ist ein Beitrag zur europäischen Solidarität der Lohnabhängigen. Er steht für den Beginn einer europäischen Vernetzung des anti-kapitalistischen Widerstands mit einer sozial-revolutionären Perspektive.

In Griechenland erreicht der Widerstand zeitweilig bereits jetzt Aufstandsqualität. Er steht gegen den Terror der von der BRD (und Frankreich) gesteuerten sogenannten Troika aus EU-Kommission, EZB (Europäische Zentralbank) und IWF. Überall wehren sich Menschen dagegen, deutschen Kapitalinteressen schutzlos ausgeliefert zu werden. Wir müssen klar machen, dass sie sich darauf verlassen können, dass hier, im Auge des Hurrikans, die bleierne Friedhofsruhe durch solidarische, antinationale, antikapitalistische, sozialrevolutionäre Kämpfe gestört wird. Die sozialrevolutionäre Perspektive beruht auf dem Wissen, dass der Kapitalismus auch schon in seinem »Normalzustand« die Krise ist, und dass es letztlich keine system-immanente Lösung geben kann.

Für eine antiautoritäre Internationale – Gegen das Elend, das aus Deutschland kommt

Stellungnahme des
**BundessprecherInnenrates (BSR)
der Ökologischen Linken**
im März 2012

M31
2012-03-31